



Rechtsausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

18. September 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Aufnahme des neuen Tagesordnungspunktes 7.

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Aachen sowie weiterer 13 Städte und Kreise, die Beibehaltung der Zuständigkeit der Träger der Jugendhilfe verstoße gegen Art. 78 Abs. 3 LV NRW, weil der Landesgesetzgeber nicht gleichzeitig eine Regelung zum Ausgleich der durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29. Juni 2011 (BGBl. I S. 1306) hervorgerufenen Mehrbelastungen erlassen habe**

6

VerfGH 11/13

Vorlage 16/1044

Der Ausschuss empfiehlt dem Parlament einstimmig, im Zusammenhang mit dem Verfahren VerfGH 11/13 auf eine Stellungnahme zu verzichten.

- 2 Normenkontrollverfahren zu §§ 6 bis 11, 12 Abs. 1 bis 4 und 6 S. 1 Maßstäbengesetz und § 6 Abs. 2 S. 2, 2. Halbs., § 7 Abs. 1, § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 2 und 3, § 10, § 11 Abs. 2 und 4 Finanzausgleichsgesetz** **7**

2 BvF 1/13

Vorlage 16/1079

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, dem Parlament im Zusammenhang mit dem Verfahren 2 BvF 1/13 zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben.

- 3 Gesetz zur Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (Normenkontrollgesetz)** **8**

Gesetzentwurf

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/2287

APr 16/290

weitere Stellungnahme 16/969

– Auswertung der Anhörung

In der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses wird dieser Tagesordnungspunkt nochmals aufgerufen und dann darüber abgestimmt.

- 4 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbe-
reinigungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen** **12**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 16/2977

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen. Das Votum wird entsprechend weitergeleitet.

- 5 Abschaffung der Störerhaftung** **13**

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/2284

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag der Piratenfraktion wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten abgelehnt.

6 Rechte minderjähriger Kinder inhaftierter Elternteile einheitlich in NRW gewährleisten **17**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3453

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Durchführung eines Expertengesprächs. Die Details werden unter den Obmännern besprochen. Als Termin für das Expertengespräch wird der 6. November 2013 festgesetzt.

7 NRW-Initiative auf Bundesebene zum Unternehmensstrafrecht **21**

– Bericht der Landesregierung
– Diskussion –

8 Justizminister Kutschaty befürwortet Tattoo-Entfernung auf Staatskosten für Strafgefangene (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **27**

– Vorlage 16/1137
– Bericht der Landesregierung
– Diskussion –

9 Staatsanwaltliche Ermittlungen zur Tragödie bei der Loveparade – Vernichtung von Beweismittel durch beschuldigte Mitarbeiter der Stadt Duisburg mit Ansage? (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **35**

– Vorlage 16/1139
– Bericht der Landesregierung
– Diskussion –

- 10 Einführung des Digitalfunks von Polizei und Rettungskräften in NRW – Nachbesserungsbedarf zur Beseitigung von Funklöchern bei Gerichten?** (TOP beantragt durch die FDP-Fraktion; siehe Anlage) **37**
- Vorlage 16/1138
 - Bericht der Landesregierung
 - Diskussion –
- 11 Übertragung von Aufgaben auf Notare – Länderöffnungsklauseln im Gesetz zur Übertragung von Aufgaben im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare vom 26. Juni 2013 (BGBl. 2013, S. 1800 ff.)** (TOP beantragt von der FDP; siehe Anlage) **38**
- Vorlage 16/1140
 - Bericht der Landesregierung
 - ohne Diskussion –
- 12 Sachstand der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bonn wegen des Verdachts der (versuchten) Nötigung zum Nachteil von Peer Steinbrück** (TOP beantragt von der FDP; siehe Anlage) **39**
- Bericht der Landesregierung
 - Diskussion –
- 13 Verschiedenes** **43**

4 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2977

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, die erste Lesung des Gesetzentwurfs habe am 19. Juni 2013 stattgefunden. Federführend sei der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Der Rechtsausschuss sei ebenso wie der Ausschuss für Kommunalpolitik mitberatend.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen. Das Votum wird entsprechend weitergeleitet.

